



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

VIII/180 - 5.8.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber G39890

Vor der Konferenz in Baden-Baden	S. 2
Französische Marokkosorgen	S. 3
Der DGB und die "Feinde der Demokratie"	S. 5

Zur neuesten Sowjetnote erklärte der Vorsitzende der SPD,  
Erich OLLENHAUER:

Die Sozialdemokratische Partei begrüsst es, dass die Sowjetregierung die Einladung der drei Westmächte zu einer Viererkonferenz angenommen hat. Die Bereitschaft der Sowjetregierung, über die Behandlung der deutschen Frage hinaus auch andere umstrittene internationale Probleme zu behandeln, bietet vielleicht eine Chance für eine Entspannung der internationalen Situation, die nicht ungenutzt vorübergehen darf.

In der Frage der deutschen Einheit hält die Sozialdemokratische Partei an ihrer Auffassung fest, dass der erste Schritt zur Wiederherstellung der deutschen Einheit und zur Vorbereitung von Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit einem wiedervereinigten Deutschland die Durchführung von freien Wahlen in allen vier Besatzungszonen und in Berlin und die Bildung einer freigewählten deutschen Regierung sein muss, denn ein Friedensvertrag für Deutschland kann nur zustandekommen auf dem Wege von Verhandlungen zwischen den Besatzungsmächten und Deutschland, an denen eine freigewählte deutsche Regierung als vollberechtigter Verhandlungspartner teilnimmt.

Die Antwort der Sowjetregierung wirft zweifellos noch eine Reihe von anderen wichtigen Fragen auf, aber es liegt im Interesse eines ernsthaften Versuchs zur Entspannung der internationalen Situation, dass diese Fragen in direkten Verhandlungen einer Viermächte-Konferenz behandelt und geklärt werden, und dass man jetzt das Zustandekommen einer Viermächte-Konferenz nicht von der Erfüllung von Voraussetzungen oder Vorleistungen der einen oder anderen Seite abhängig macht.

+ + +

Vor der badischen Idylle

F.B. - Am 7. August wird in Baden-Baden der Ministerrat der Montanunion zusammentreten, um erneut nach erfolglosen vorangegangenen Verhandlungen in Paris und Rom den von der illegitimen ad-hoc-Versammlung ausgearbeiteten Entwurf der Satzung einer "politischen Europäischen Gemeinschaft" zu beraten. Zur gleichen Zeit, in der man in der badischen Idylle das zeitfremde Projekt eines nebulösen Kleineuropa behandelt, werden in den Weltstädten reale und ernsthafte Beratungen über die sowjetische grundsätzliche Bereitschaft zu Gesprächen der Grossen Vier stattfinden.

Ohne Zweifel verdanken die Delegationen die Ferientage in Baden-Baden dem hartnäckigen Drängen des Bundeskanzlers, der, nachdem man ihm täglich in aller Welt versichert, dass das EVG-Projekt tot ist, vor den Bundestagswahlen noch dringend eines "kleineuropäischen Aufschwunges" bedarf.

Dabei dürfte schon vor der Tagung für jedermann ersichtlich sein, dass keinesfalls mehr als ein unverbindliches Gespräch zu erwarten ist. Die italienische Delegation wird nicht unter Führung de Gasperis erscheinen, den die deutsche Bundesregierung noch bis zum Dienstag als den kommenden Aussenminister Italiens voraussagte. Die italienische Delegation, vom bisherigen Aussenhandelsminister Taviani geführt, wird sich ihrer Rolle wohl bewusst sein, denn sie vertritt noch nicht einmal ein vollzähliges geschäftsführendes Kabinett. Verbindliche Abmachungen sind von ihr nicht zu erwarten, und selbst von rein rhetorischen Festlegungen kann schon morgen eine neue italienische Regierung abrücken. Auch das offizielle Frankreich hat ebenso wie der Sprecher Belgiens zum Ausdruck gebracht, dass das unverbindliche Gespräch den Charakter der Konferenz von Baden-Baden bestimmen wird.

Nur die deutsche Bundesregierung und vor allem Dr. Adenauer tun immer noch so, als wenn nach Baden-Baden eine neue europäische Zeitrechnung bevorsteht. Geben wir uns keinem Zweifel hin, sie werden auch dann, wenn die Konferenz ohne jedes Ergebnis endet, "äusserst befriedigt" und davon überzeugt sein, dass man der "Europäischen Einigung", so wie sie sie sich wünschen, wieder einen gewaltigen Schritt nähergekommen ist.

Dabei steht der Aufwand, mit dem man diese Konferenz vorbereitet, in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung und ihrem zu erwartenden Ergebnis. Die gesamte Regierungspropaganda und nicht zuletzt die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung am Dienstag herausgebene prachtvolle Denkschrift "Europa in Baden-Baden" übersehen völlig, dass sich in dem badischen Kurort nicht Europa, sondern nur die Vertreter von sechs europäischen Staaten treffen werden, von denen mindestens zwei nicht legitimiert sind, ihre Völker zu binden. Italien hat keine Regierung und Dr. Adenauer kann sich schon in wenigen Wochen ebenso wie seine kleineuropäischen Mitkämpfer Schuman und de Gasperi auf dem Altenteil befinden. Nehmen wir also das Gepränge und Gerede von Baden-Baden mit Gelassenheit zur Kenntnis, denn es ist: Viel Lärm um nichts.

Die marokkanische Verschwörung

G.S.-Paris, Anfang August

Was früher nur gemunkelt und geflüstert wurde, ist jetzt mitunter andeutungsweise, auch in der Presse zu finden: In Marokko gehen seltsame Dinge vor sich. Die französischen Siedler, die in ihrer, in Rabat erscheinenden, chauvinistisch-reaktionären Presse mit Verachtung von der "erbärmlichen Republik" sprechen und die "Vorsehung" ersuchen, ihnen einen Mann zu senden, der den "Saustall" ausmistet, bereiten einen "Coup" vor, der zunächst in Marokko beginnen und in Frankreich seine Fortsetzung finden soll.

Zunächst sind diese Leute - einige Zehntausend an der Zahl, verbohrt, borniert und mittelalterlich - der Auffassung, der gegenwärtige französische Gouverneur, General Guillaume, sei zu "sanft", zu sanft nämlich gegenüber dem Sultan, der "verstockt" weiterhin die Unabhängigkeit Marokkos fordert; zu sanft auch gegenüber der Unabhängigkeitsbewegung des Istiklal, obwohl General Guillaume diese Bewegung bereits in die Illegalität gejagt hat. Die französischen Siedler wünschen, daß ein "Exempel" statuiert, d.h. daß die Chiefs der Bewegung "unerbittlich ausgerottet" werden...

Die französischen Siedler sind jetzt in Weißglut geraten, weil der Gouverneur zum ersten Mal gewagt hat, ihren wilden Ansprüchen zu widerstehen und ihnen ziemlich deutlich zu erklären, daß Frankreich mit dem Sultan von Marokko "und keinem anderen" zu verhandeln gedenke: Und eben der Sultan von Marokko ist der "Feind Nr. 1" der französischen Siedler, weil er sich - wenn auch nicht offen - mit den Forderungen der erwähnten Unabhängigkeitsbewegung Istiklal solidarisiert hat.

Den Erklärungen General Guilloumes folgten zwei Gegenstöße der Chiefs der französischen Kolonie in Rabat: Einmal wurde das Gerücht in die Welt gesetzt, daß die Regierung die Absicht habe, General Guillaume seines Postens zu entheben; des weiteren wurde ein Mann nach Paris gesandt, der vom gesamten marokkanischen Volk (und vom Sultan von Marokko) gehaßt wird, weil er seine Fellahs schamlos ausbeutet und alles tut, um der Unabhängigkeitsbewegung Hindernisse in

den Weg zu logen: Es handelt sich um den Pascha von Marrakesch, auch "Glaoui", genannt. Er ist die Hoffnung all jener Franzosen in Marokko, die um ihre Privilegien zittern und die sich einbilden, daß sie im Falle einer Revolte in Marokko auf den Pascha von Marrakesch und dessen zehntausend angeworbene (gut bezahlte) Berberreiter rechnen könnten, um die Revolte niederzuschlagen.

Vor zwei Jahren, als der Istiklal zu Demonstrationen gegen die unerträglich gewordene Herrschaft der Herren von Casablanca und Rabat aufrief, wurden diese Berberreiter mobilisiert. Offiziell hieß es, sie hätten sich spontan erhoben; in Wirklichkeit wußte jeder, daß der Pascha von Marrakesch nur im Auftrage des damaligen Gouverneurs, Marschall Juin, gehandelt hatte.

Und eben dieser Marschall Juin, der von dem katholisch-konservativen Schriftsteller François Mauriac abgekanzelt wurde, weil er - trotz des bestehenden Vertrages zwischen dem Sultan von Marokko und Frankreich - offen gegen den Sultan und für dessen Gegenspieler, den "Glaoui", Stellung nahm, empfing kürzlich den "Glaoui" mehrmals in Paris, lud ihn zu einem Empfang anlässlich seiner Aufnahme in die "Académie Française" ein: Wo er ihn offen lobte und seinerseits den Sultan abkanzelte.

Es ist hier ein offenes Geheimnis, daß die französische Regierung General Guillaume halten und daß Marschall Juin ihn absetzen will. Trotz aller atlantischen Oberkommandos, die Marschall Juin seither übernommen hat, interessiert er sich in erster Linie weiter für Marokko: Und es ist sicher kein Zufall, daß in den letzten Tagen Gerüchte über einen möglichen Rücktritt Marschall Juins von seinen atlantischen Posten und seine Rückkehr nach Rabat laut wurden.

François Mauriac erklärte kürzlich, er könne nicht annehmen, daß Marschall Juin das Beispiel "jenes Generals" nachahmen wolle, der, "ebenfalls mit Unterstützung gewisser Kreise in Marokko", "einer Republik den Garaus machte". Diese recht deutliche Anspielung auf die Rolle Francos kam nicht von ungefähr. Es ist vollständig eindeutig, daß Marschall Juin in den Ideen der "guten, alten, heroischen Zeit" befangen ist, sich mit Persönlichkeiten, sowohl in Frankreich als auch in Marokko umgibt, die über die Republik die gleichen Auffassungen haben wie seinerzeit (und jetzt) der General, der "der Republik den Garaus machte".

Wenn er jetzt das Gerücht in die Presse lancieren läßt, daß er die Absicht habe, seine atlantischen Befehlsstellen abzugeben und wieder nach Rabat zu gehen (wo die Marokkaner ihn in unseligem Gedenken behalten haben), so ist es vielleicht nicht zu stark, von einer "marokkanischen Vorschwörung" zu sprechen, wie es eine französische Zeitung tat.

+ + +

Wer war gemeint... ?

R.D. Der Vorsitzende der CDU und Bundeskanzler, Dr. Adenauer, hatte auf den Aufruf des DGB: "Wählt einen besseren Bundestag" sehr ungehalten reagiert und, wie der DGB in seiner Antwort feststellt, die Warnung vor den Feinden der Demokratie "unverständlicherweise auf sich" bezogen. Der DGB verweist in diesem Zusammenhang auf seine Veröffentlichung vom Oktober 1950 "Feinde der Gewerkschaften, Feinde der Demokratie", die sich im wesentlichen mit den Kommunisten und abschliessend mit der Personalpolitik in den Bundesministerien beschäftigt. Er erwähnt weiter einen Brief von Industriellen und Politikern an den Reichspräsidenten Hindenburg, der damals die Ausschaltung des Parlamentes und eine autoritäre Regierung verlangten. Und schliesslich verweist der DGB auf die Versuche der Rechtsradikalen, die demokratischen Parteien rechts von der Sozialdemokratie, zu unterwandern.

Über die Warnung vor den Kommunisten besteht sicher zwischen DGB und der Regierung keine Meinungsverschiedenheit. Schwieriger wird es schon in der Unterwanderung verschiedener Koalitionsparteien durch massgebliche "Amtswalter" und höchste Regierungsfunktionäre der NSDAP. Hier hat der Vorsitzende der CDU anscheinend gar nicht so unverständlicherweise die DGB-Warnung auf seine politischen Freunde bezogen.

Denn in der erwähnten Denkschrift "Feinde der Demokratie" sind namentlich aufgeführt:

Ministerialdirektor und Leiter der Personalabteilung im Bundeskanzleramt, Dr. Hans Globke - er ist noch heute in dieser einflussreichen Position.

Dr. Ehrlich, früher Landesgruppenleiter der NSDAP in Italien, dann im Hellwege-Ministerium tätig, Landesgeschäftsstellenleiter der DP in Niedersachsen, heute Bundestagskandidat der DP.

Dr. Kurt Behnke, früher beim Reichsdienststrafhof, dann in der Bundesrepublik Leiter der Beamtenrechtsabteilung beim Bundesinnenminister Dr. Lehr, ist nach der Gewerkschaftsdenkschrift die Treppe hinaufgefallen und heute Präsident des Bundesdisziplinarhofes in Berlin.

Die Schreiber des Briefes an Hindenburg hiessen:

Dr. Hjalmar Schacht - Vertreter der Bundesregierung haben ihm feierlichst mit Blumenstrauss zur Eröffnung seines Bankhauses gratuliert, obwohl im In- wie im Ausland stärkste Bedenken gegen

die Wiederkehr des hitlerschen Rüstungsfinanziers erhoben wurden.

Alfried Krupp erfreute sich der stärksten Förderung der Regierung bei der Rückgabe seines beschlagnahmten Vermögens, nachdem er als Kriegsverbrecher vorzeitig aus der Haft entlassen war.

Springorum ist auch heute wieder in der Schwerindustrie verankert, z.B. bei Mannesmann A.G., Gelsenkirchener Bergwerks-AG., Zschöcke-Werke A.G., Hüttenwerk Huckingen und ist Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie und des Vereins der Eisenhütten-Leute.

von Siemens sitzt ausser in Unternehmen gleichen Namens ebenfalls in der Mannesmann.

Weitere Unterzeichner waren: Haniel, Voegler, Thyssen, Robert Bosch und v. Keudell.

Die Warnung des DGB vor diesem Personenkreis und seinen politischen Ambitionen, wobei ihre Namen für viele andere stehen, kann im einzelnen nur Bezug haben auf die sehr effektive Parteinahme der deutschen Schwerindustrie für die Koalitionsparteien - und deren Wirkung auf die Politik und Personalbesetzung in den Bundesinstitutionen - die sich auf die etwa 60 Mio M geschätzte Wahlhilfe stützt. Unter dem Druck dieser für den Wahlkampf bereitgestellten Mittel haben wiederholt die Unternehmerorganisationen, geführt durch das Industrie-Institut, Forderungen an die Koalitionsparteien gestellt, den Wahlkampf ausschliesslich gegen die Interessen der Arbeitnehmer gerichtet zu führen, und alle Kämpfe gegeneinander zu vermeiden.

Wir danken dem Bundeskanzler und Vorsitzenden der CDU, dass er mit seiner unbeherrschten Reaktion und unvorsichtigen Frage die Erinnerung an diese dunklen Figuren einer unrühmlichen Vergangenheit, an ihr erfolgreiches Bemühen um Einfluss in der Wirtschaft, Verwaltung und Politik erinnerte und den DGB zu dieser Antwort zwang. Der DGB konnte sich darin sogar ersparen, die sattem bekannten Stellungnahmen der Regierungsmitglieder Dehler, Seeborn, Hellwege zu den Gewerkschaften zu erwähnen. Sie werden den Arbeitnehmern noch in bester Erinnerung sein.

+ + +

Das will die Jugend

Der Bundesjugendring, der Zusammenschluß aller wichtigen Jugendverbände in der Bundesrepublik, hat an die Einzelmitglieder einen Brief zur bevorstehenden Wahl gerichtet, in dem es u.a. heißt:

"...Wir sind keine Partei und wollen auch nicht in den Bundestag gewählt werden. Wir haben uns zu dieser Wahl nur vorgenommen, einige Dinge gemeinsam zu wollen und bitten Sie, dabei ebenfalls mitzumachen". Dann wird in fünf Punkten aufgezählt, was man sich vorgenommen habe:

"Wir wollen die Programme der Parteien kennenlernen und vor allen wissen, wes Geistes Kind die Kandidaten sind, die wir wählen sollen.

Deshalb lesen wir kritischer als sonst unsere Zeitungen und gehen in die Wahlversammlungen.

Wir wollen dafür sorgen, daß die Parteien den Wahlkampf sachlich führen.

Deshalb lassen wir uns nicht mehr leeren Phrasen und billigen Redensarten abspeisen. Wir werden solange Fragen stellen, bis man uns erschöpfende Auskunft gibt. Ein Kandidat, der zuviel verspricht, wird immer zu wenig verwirklichen können.

Wir wollen darauf achten, daß der Wahlkampf sauber ausgetragen wird.

Deshalb wehren wir uns dagegen, daß man seinen politischen Gegner persönlich schlecht macht. Im Wahlkampf werden die Gegensätze zwar hart und offen ausgefochten; wer aber glaubt, mit Beleidigungen und Verunglimpfungen seiner Konkurrenten zum Ziel zu kommen, kann auf unsere Stimme nicht rechnen.

Wir wollen politische Vernunft beweisen.

Deshalb entwerfen wir unsere Stimme nicht dadurch, daß wir sie irgendeiner Splittergruppe geben. Wir erhalten uns Freiheit und Frieden, indem wir den Kommunisten und Rechtsradikalen eine Absage erteilen.

Wir wollen vor allen wählen.

Deshalb geben wir am 6. September auf jeden Fall unsere Stimme ab. Auch wenn das Wetter an diesem Sonntag noch so schön ist. Wenn wir wirklich nicht zu Hause sein sollten, besorgen wir uns rechtzeitig vorher einen Wahlschein. Wer sein Wahlrecht nicht ausübt, hat nachher keinen Grund, sich über eine Politik zu beklagen, die ihm nicht paßt oder ihm Schaden zufügt. Nur wer stimmt, bestimmt!"

+ + +

---

Verantwortlich: Peter Raunau